

Schicksalsgipfel in Brüssel: Leitet die EU heute ihre finanzielle Kernschmelze ein?

18 Dez. 2025 14:11 Uhr

In Brüssel treffen sich heute die EU-Staats- und Regierungschefs, um eine Entscheidung hinsichtlich der eingefrorenen russischen Vermögen herbeizuführen. Vor allem der Bundeskanzler und die EU-Kommissionschefin drängen auf den Diebstahl der Gelder. Die negativen Folgen für das Finanzsystem könnten schwerwiegend sein, sollten sich die beiden Deutschen auf dem Gipfel durchsetzen.



© Urheberrechtlich geschützt

António Costa, Präsident des Europäischen Rates, eröffnet die erste Arbeitssitzung des EU-Gipfels, 18. Dezember 2025.

Von Achim Detjen

Auf dem am Donnerstag beginnenden zweitägigen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel steht die Finanzierung des Ukraine-Krieges im Vordergrund. Vor allem geht es dabei um die Frage, ob die eingefrorenen russischen Vermögen entwendet werden sollen, um damit die weitere militärische Unterstützung Kiews zu finanzieren.

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Belgien, denn dort sind bei dem Finanzdienstleister Euroclear mehr als 180 Milliarden Euro eingefroren, die von der russischen Zentralbank hinterlegt wurden. Wegen der möglichen rechtlichen Konsequenzen – Brüssel könnte für den Diebstahl vor Gericht haftbar gemacht werden – hatte der belgische Regierungschef Bart De Wever mit einer Blockade gedroht.

Friedrich Merz rief die europäischen Partner vor dem Gipfel noch einmal auf, der Konfiszierung des in der EU eingefrorenen russischen Staatsvermögens für die Unterstützung der Ukraine zuzustimmen. "Aus

meiner Sicht ist das in der Tat die einzige Option", sagte der Bundeskanzler. Er machte deutlich, dass die Aufnahme von Schulden als einzige denkbare Alternative für ihn nicht infrage komme.

Der CDU-Chef äußerte erneut Verständnis für die rechtlichen und politischen Bedenken Belgiens.

"Aber ich hoffe, dass wir sie gemeinsam ausräumen können."

Die EU müsse ein Zeichen der Stärke und der Entschlossenheit an Russland senden, so Merz. Zu den Chancen auf eine Einigung äußerte er sich zuversichtlich:

"Mein Eindruck ist, dass wir zu einem Ergebnis kommen können."

Auch Polens Regierungschef Donald Tusk drängte vor dem Gipfel auf eine Entscheidung hinsichtlich des Diebstahls der russischen Gelder. "Diese Entscheidung müssen wir treffen, und nur wir allein. Jetzt haben wir eine einfache Wahl: entweder heute Geld oder morgen Blut", so der Pole.

EU-Ratspräsident António Costa hatte angekündigt, den Gipfel erst zu beenden, wenn eine Einigung gefunden sei. Ähnlich äußerte sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die sich vor dem Gipfel optimistisch zeigte, dass man sich auf den Diebstahl russischer Vermögen einigen werde: "Ich werde den Rat nicht ohne eine Lösung für die Finanzierung der Ukraine verlassen", sagte sie vor Reportern.

Zugleich äußerte die Kommissionschefin Verständnis für die Position von Ländern wie Belgien. Diese fordern bei der Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte eine Teilung der finanziellen Risiken. "Ich unterstütze Belgien voll und ganz", so die Deutsche.

Belgien verlangt Schutz vor russischen Gegenmaßnahmen

Der belgische Premierminister verweigert bisher seine Zustimmung aufgrund der absehbaren rechtlichen Konsequenzen. Vor einer Woche [sagte De Wever](#), dass es "wirklich bessere Lösungen" gebe, "als Geld von der russischen Zentralbank zu stehlen." Ein solcher Schritt sei "sehr unklug und unüberlegt".

Vor dem Beginn des Gipfels bekräftigte er am Donnerstagmorgen im belgischen Parlament, dass Belgien "das Risiko und die Verantwortung nicht alleine tragen" könne. "Belgien fordert, dass die EU die volle finanzielle Verantwortung für das Risiko übernimmt", sagte er. Er habe "noch keinen Text gesehen, den Belgien akzeptieren kann." Er schloss aber nicht aus, dass im Laufe des EU-Gipfels ein Vorschlag auf den Tisch gelegt werde, mit dem er einverstanden sei.

Vielleicht sei es nicht unmöglich, dass Belgien bei der gemeinsamen Übernahme von Rechtsrisiken ein klein wenig flexibel sein könne, so De Wever. Bei seiner Forderung nach einer Liquiditätsgarantie für Euroclear sei jedoch "keinerlei Flexibilität möglich". "Wir fordern insbesondere Liquiditätsgarantien für Euroclear, wenn die Gegenpartei die Herausgabe ihrer Vermögenswerte verlangen kann. Euroclear muss in der Lage sein, diese freizugeben", sagte er vor dem Parlament.

"Darüber hinaus verlangen wir Schutz vor russischen Gegenmaßnahmen, und auch das ist essenziell, etwa vor Beschlagnahmungen in Russland oder in Drittstaaten", führte De Wever weiter aus. Die EU-Kommission habe hierzu bislang keine zufriedenstellende Antwort gegeben, so der Premierminister.

Auch die Europäische Zentralbank zeigt sich skeptisch angesichts der Pläne der EU-Kommission. Zu Monatsbeginn [weigerte sich](#) die EZB laut Medienberichten, einen Kredit für die Ukraine im Wert von 140

Milliarden Euro, finanziert mit den eingefrorenen russischen Vermögenswerten, abzusichern.

"Solide rechtliche Grundlage": Russland schlägt zurück

Hinsichtlich der rechtlichen Bewertung der Entwendung des russischen Vermögens sieht die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas hingegen kein besonders großes Risiko für die Staatengemeinschaft: "Der aktuelle Vorschlag hat eine solide rechtliche Grundlage", behauptete Kallas laut dem *Deutschlandfunk*. "Damit können wir auf jeden Fall gut arbeiten."

In ihrem Heimatland Estland sei man an Drohungen aus Russland gewöhnt, sagte Kallas.

"Wir müssen uns mit diesen Dingen ganz nüchtern auseinandersetzen: Vor welches Gericht will Russland denn mit dem Fall ziehen? Und welches Gericht würde dann, angesichts der russischen Zerstörung, die ja auch extrem gut dokumentiert ist, entscheiden, dass Russland gar keine Reparationen würde zahlen müssen?"

Die Behauptung der Vize-Kommissionschefin, es gebe eine "solide rechtliche Grundlage", ist jedoch irreführend. Ebenso wie die Behauptung der ehemaligen estnischen Ministerpräsidentin, es gebe keine Gerichte, vor denen Russland sein Anrecht auf sein Vermögen einklagen könnte.

Die russische Zentralbank hat bereits eine Klage in Höhe von 18 Billionen Rubel (rund 195 Milliarden Euro) vor dem Schiedsgericht in Moskau [eingereicht](#). Da es sich um ein Gericht in Russland handelt, mag die EU-Kommission die Klage für irrelevant halten. Doch sie ist es nicht. Denn die russische Zentralbank wendet das Verfahren des [Investor-state dispute settlement](#) (ISDS – zu deutsch: Investor-Staat-Streitbeilegung) vor Schiedsgerichten an. Dadurch vermeidet sie es, ein Urteil in einer potenziell feindseligen nationalen Gerichtsbarkeit zu erwirken.

Vor einer Woche hieß es dazu in [einem Bericht](#) von *Le Monde*:

"Durch die Ausnutzung alter Handelsverträge aus der Zeit des Kalten Krieges haben russische Unternehmen und Oligarchen die Anzahl der Schiedsverfahren zur Anfechtung der Sanktionspolitik der Europäischen Union vervielfacht und stellen damit ein zunehmend ernstes finanzielles Risiko für die Mitgliedstaaten dar."

Das ISDS-Verfahren wurde bereits erfolgreich von russischen Milliardären genutzt, die mit Sanktionen belegt worden waren. Wie die *Financial Times* im Juli [berichtete](#), sieht sich Euroclear "mit über 100 Klagen wegen eingefrorener russischer Vermögenswerte konfrontiert, darunter auch solche von Oligarchen und anderen sanktionierten Unternehmen. Laut Quellen aus dem Umfeld von Euroclear hat Russland 33 Milliarden Euro an Vermögenswerten von Euroclear-Kunden beschlagnahmt, die bei der russischen Partnerbank von Euroclear, dem Zentralverwahrer für Wertpapiere in Moskau, eingefroren waren."

Sollte das Moskauer Schiedsgericht der Klage der russischen Zentralbank stattgeben, was es aufgrund der geltenden Rechtslage sehr wahrscheinlich tun wird, dann könnte die Bank die fehlende Summe in anderen Jurisdiktionen wie Hongkong und Singapur einklagen, wo Euroclear-Filialen beträchtliche Vermögenswerte halten, um die Vermögenswerte einzutreiben oder zu konfiszieren.

Kommt die Kernschmelze des Finanzsystems?

Vor diesem Hintergrund [warnte](#) der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und US-Diplomat Jeffrey Sachs nicht zu Unrecht vor einer Kernschmelze des Finanzsystems, sollte die EU ihre Drohung wahr machen und das eingefrorene russische Vermögen entwenden. Dies könnte zum Konkurs von Euroclear führen, mit weitreichenden Folgen für das Finanzsystem – die Ratingagentur Fitch droht dem belgischen Finanzdienstleister bereits mit [einer Herabstufung](#).

"Der Plan ist illegal, rücksichtslos und wird Europa im Falle seiner Umsetzung zwangsläufig sehr hohe Kosten verursachen. Das sagen auch führende europäische Finanzexperten. Europas finanzielle Glaubwürdigkeit wird schwer beschädigt, ganz zu schweigen von den Folgen russischer Klagen und Vergeltungsmaßnahmen. Darüber hinaus würde diese Aktion Europa tief spalten und die Beziehungen innerhalb der EU vergiften", sagte Sachs gegenüber der *Berliner Zeitung*.

Vor zwei Wochen erklärte De Wever, dass sich [nur Deutschland](#) bereit erklärt habe, bei der von Belgien eingeforderten Risikoteilung mitzumachen, wenn es zu einer Beschlagnahmung der russischen Vermögen kommt. Der Bundeskanzler, der ja auf den Diebstahl der russischen Gelder mit dem Argument drängt, dass eine weitere Finanzierung des Ukraine-Kriegs durch Schuldenaufnahme nicht infrage komme, erklärte sich zugleich bereit, für die berechtigten russischen Schadensersatzansprüche in Haftung zu gehen. Was ja nichts anderes bedeutet, als dass der milliardenschwere Kredit für Kiew dann doch schuldenfinanziert wäre. Oder genauer gesagt: Haften wird der deutsche Steuerzahler.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.